



## Inhalt

---

• Wissenswertes .....	1
Aus alt wird neu: Mehrfachnutzung spart Holz und bringt Plus fürs Klima .....	1
Präqualifizierte Unternehmen sind in Zeiten von Corona im Vorteil .....	2
myGovernment – Start-ups und öffentliche Verwaltung .....	3
• Recht .....	3
Wie erfolgt die Abgrenzung von Eignungs- und Zuschlagskriterien? .....	3
Voraussetzungen des großen Schadensersatzanspruchs .....	4
• International .....	5
Aus der EU .....	5
Bericht über die Umsetzung von Handelsabkommen mit Informationen zur Vergabe öffentlicher Aufträge ...	5
Beitritt des Vereinigte Königreichs zum WTO-Abkommen .....	6
Webinar „Aktuelle Entwicklungen/Neuerungen beim Handbuch für Vergabeverfahren/PRAG in der EU- Außenwirtschaftsförderung 2020“ .....	6
• Aus den Bundesländern .....	7
Schleswig-Holstein: Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs in Kraft getreten .....	7
Bayern: Sozial und umweltgerecht hergestellte Kleidung im bayerischen Beschaffungswesen .....	7
• Veranstaltungen .....	8
02. und 08. Dezember 2020: Online-Seminar Vergaberecht für Einsteiger: Anfängerkurs für Auftraggeber und Bieter ohne Vorkenntnisse .....	8
Impressum .....	9

Dezember 2020



## Wissenswertes

---

### Aus alt wird neu: Mehrfachnutzung spart Holz und bringt Plus fürs Klima

Charta-Arbeitsgruppe legt Empfehlungen für Kreislaufwirtschaft bei Holznutzung vor

Holz und Holzprodukte sollen länger als bisher im Wirtschaftskreislauf genutzt und effizient wiederverwertet werden. Das schont Ressourcen und verstärkt den Klimaschutzeffekt der Holzverwendung. Entsprechende Empfehlungen zur „Etablierung einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft bei der Nutzung von Holz“ legte jetzt die Arbeitsgruppe Material- und Energieeffizienz der Charta für Holz 2.0 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vor.

Die Charta-Arbeitsgruppe Material- und Energieeffizienz empfiehlt unter anderem Laub- und Altholz sowie Kalamitätsholz stärker als bislang im Wirtschaftskreislauf zu halten und die Nutzung von innovativen Produkten wie z. B. holzbasierten Kunststoffen stärker zu forcieren. Bereits das Produktdesign müsse als „Design for reuse and Recycling“ auf Weiter- und Wiederverwertbarkeit nach Ende eines Nutzungszyklus von Bauteilen, Möbeln, Holzprodukten und Verpackungen ausgerichtet werden.

Durch Aufbereitung von Abbruchholz und Sperrmüll könnten im Sinne des „Urban Mining“ verwertbare Holzsortimente generiert oder aus dem Altpapierkreislauf Ausgangsstoffe für weitere Papiererzeugnisse gewonnen werden, heißt es in den Empfehlungen weiter. Industrielle Holzfeuerungsanlagen zur Energieerzeugung seien weiter zu optimieren, so dass auch die in den Anlagen anfallende Asche verwertet werden könne.

Neben dem Ausbau von Aus- und Fortbildung zur zirkulären Wertschöpfung im Cluster Forst und Holz sowie der Verbraucherinformation empfiehlt die Arbeitsgruppe unter anderem, die Forschungsaktivitäten zur ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft zu verstärken. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) hatte bereits am 1. Oktober 2020 einen Förderaufruf des BMEL zur „Recyclinggerechten Verwendung von Holz“ veröffentlicht.

#### Hintergrund:

Die Ressource Holz ist der wichtigste nachwachsende Rohstoff für die biobasierte Wirtschaft. Wird das Holz über einen Produktlebenszyklus hinaus genutzt, reduzieren sich Ressourcenverbrauch, Abfall und Emissionen; zusätzliche ökonomische Potenziale werden erschlossen.

Die Charta für Holz 2.0 des BMEL zielt darauf ab, die Nutzung dieses wertvollen Rohstoffes zum Klimaschutz und zur Stärkung der heimischen Forst- und Holzwirtschaft noch effizienter zu gestalten. Die Charta-Arbeitsgruppe Material- und Energieeffizienz unterstützt mit ihren Empfehlungen die Etablierung einer wissenschaftlich basierten ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft.

Die vollständigen Empfehlungen finden Sie hier [https://www.charta-fuer-holz.de/fileadmin/charta-fuer-holz/dateien/aktivitaeten/20200920\\_Empfehlungen\\_der\\_AG\\_Effizienz\\_zur\\_Kreislaufwirtschaft\\_final.pdf](https://www.charta-fuer-holz.de/fileadmin/charta-fuer-holz/dateien/aktivitaeten/20200920_Empfehlungen_der_AG_Effizienz_zur_Kreislaufwirtschaft_final.pdf).

Den Förderaufruf „Recyclinggerechte Verwendung von Holz“ lesen Sie hier: <https://www.fnr.de/projektfoerderung/aktuelle-foerderauffufe/#11697>.

Die FNR ist seit 1993 als Projektträger des BMEL für das Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe aktiv. Sie unterstützt außerdem Forschungsthemen in den Bereichen nachhaltige Forstwirtschaft und innovative Holzverwendung.

Quelle: <https://www.fnr.de/presse/pressemitteilungen/aktuelle-mitteilungen/aktuelle-nachricht/aus-alt-wird-neu-mehrfachnutzung-spart-holz-und-bringt-plus-fuers-klima>

Verfasser: Leon Kläßen

Dezember 2020

### **Präqualifizierte Unternehmen sind in Zeiten von Corona im Vorteil**

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden Beschaffungen öffentlicher Auftraggeber durch stark vereinfachte Verfahrensregelungen erleichtert. Auf die Eignungsprüfung der Bieter darf allerdings nicht verzichtet werden. In Zeiten höchster Dringlichkeit fehlt den Vergabestellen aber die Zeit für eine Eignungsprüfung. Somit greifen sie auf bekannte Unternehmen zurück, die ihre Eignung bereits in einem abgeschlossenen Verfahren erbracht hatten, oder suchen in einem Präqualifikationsregister wie HPQR oder AVPQ nach geeigneten Unternehmen.

Präqualifizierte Unternehmen sind grundsätzlich für öffentliche Aufträge geeignet und es besteht eine Pflicht des Auftraggebers, die Eignung auch anzuerkennen. So können Auftraggeber schnell und unkompliziert die Eignung der PQ-Unternehmen für eine bestimmte Leistung anhand der im Register hinterlegten Einzeldokumente nachvollziehen. Das Unternehmen kann ebenfalls initiativ werden und sendet der Vergabestelle in einem konkreten Verfahren oder auch unaufgefordert ohne konkreten Anlass seine PQ-Urkunde mit Zugangsdaten zur HPQR-Datenbank. Gerade in Zeiten, in denen schnelle und unkomplizierte Beschaffungen erforderlich sind, kann die Präqualifizierung sowohl Auftraggebern als auch Unternehmen helfen.

Die Grundsätze des wettbewerblichen Verfahrens hinsichtlich Gleichbehandlung und Transparenz gelten auch in der Corona-Pandemie. Dennoch sind Beschaffungen mit unzweifelhaft bestehender Dringlichkeit denkbar, die nur bereits auf ihre Eignung geprüfte Unternehmen berücksichtigen können. Der **Auftraggeber darf jedoch selbst dann nur auf geeignete Unternehmen zurückgreifen**, wenn nur ein Unternehmen angefragt wird und somit die Vergabe beispielsweise aus Dringlichkeitsgründen „direkt“ erfolgt. Sicher kennt der Auftraggeber einige Unternehmen, die ihm den Eignungsnachweis bereits in einem abgeschlossenen Verfahren erbracht hatten und kann diese dann auch zur erneuten Angebotsabgabe unmittelbar auffordern. Unternehmen, die dem Auftraggeber bislang noch nicht bekannt sind, fallen in Zeiten der höchsten Dringlichkeit aber durchs Raster, denn Zeit für Eignungsprüfungen ist eher nicht vorhanden. Dem Auftraggeber ist es dann aus Haushaltsgrundsätzen und dem Gebot der wirtschaftlichen Beschaffung verwehrt, Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern, wenn diese Kenntnisse zur Eignung eines Unternehmens fehlen. Dann sind präqualifizierte Unternehmen im Vorteil, die der Auftraggeber jederzeit eigeninitiativ in einem PQ-Register wie HPQR oder AVPQ finden kann. So sind Auftraggeber in der Lage, ohne zeitlichen Aufwand ein wettbewerbliches Verfahren durchzuführen.

Unternehmen, die sich für eine Präqualifikation entscheiden, durchlaufen zunächst ein vereinfachtes Verfahren, solange die Einschränkungen durch die Pandemie andauern. Es sind vorerst ausschließlich digitale Erklärungen und Nachweise zu übermitteln. Die Originale werden allerdings von der PQ-Stelle angefordert, sobald die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückgenommen werden.

**Fazit: Beschaffungen mit Dringlichkeit müssen nicht auf Wettbewerb verzichten, wenn sich Unternehmen zur Präqualifikation entschließen und den Auftraggebern dadurch mehr geeignete Unternehmen zur Verfügung stehen. Den Vorteil der PQ sollten Unternehmen jetzt nutzen und sich damit Auftraggebern zu erkennen geben.**

### **Ihre Ansprechpartnerin:**

Kathrin Buckesfeld, [kathrin.buckesfeld@absthessen.de](mailto:kathrin.buckesfeld@absthessen.de), Tel.: 0611/974588-19

Dezember 2020

### **myGovernment – Start-ups und öffentliche Verwaltung**

Als potentielle Auftragnehmer stehen Start-ups momentan verstärkt im Fokus der Vergabe. So sieht beispielsweise die im Freistaat Bayern im Juli 2020 geänderte Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) vor, Start-ups und andere Existenzgründungen so wie bisher bereits KMU, in angemessenem Umfang bei Beschränkten Ausschreibungen, Freihändigen Vergaben und Verhandlungsvergaben (jeweils ohne Teilnahmewettbewerb) zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Insbesondere im Bereich der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sieht man Start-ups als Innovationspartner, die diesen Wandel bewältigen helfen, da sie bei der Digitalisierung Vorreiter sind. Es geht darum, den Ideenreichtum von Start-ups zu nutzen.

Wie dies geschehen kann, zeigen drei Praxisbeispiele auf der Internetseite des Instituts für den öffentlichen Sektor. Das Institut hat 2016 die Initiative „myGovernment“ gestartet, mit dem Ziel, Start-ups und die öffentliche Verwaltung stärker zu vernetzen. Aus dem Ergebnis einer Onlinebefragung zur Zusammenarbeit von Start-ups und öffentlicher Verwaltung wurde ein erstes Strategiepapier mit Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Start-ups und öffentlicher Verwaltung entwickelt, das einen Blick lohnt. Zur Initiative des Instituts für den öffentlichen Sektor gelangen Sie unter: <https://publicgovernance.de/html/de/myGovernment.htm>

### **Ihr Ansprechpartner:**

Steffen Müller, [muellers@abz-bayern.de](mailto:muellers@abz-bayern.de), Tel.: 089/51163172



## **Recht**

---

### **Wie erfolgt die Abgrenzung von Eignungs- und Zuschlagskriterien?**

Ob es sich um Eignungs- oder Zuschlagskriterien handelt, ist davon abhängig, ob die Kriterien die Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung des Bieters betreffen oder sich auf die Wirtschaftlichkeit des Angebots beziehen.

#### **Sachverhalt:**

Das Land M-V als Antragsgegner beabsichtigte, für das Versorgungsgebiet des Landes eine Konzession zur Durchführung von Intensivtransporten im Rettungsdienst mit einem Intensivtransporthubschrauber für die Dauer von vier Jahren zu erteilen.

Die Eignungs- und Zuschlagskriterien enthalten eine Bewertungsmatrix. In dieser ist für den Primärhubschrauber das Bewertungskriterium „Eigener Hubschrauber“ enthalten. Die Nutzung eines durch ein Partnerunternehmen gestellten Hubschraubers wird somit schlechter bewertet.

Bei der Wertung ist zudem eine Staffelung der erzielbaren Punkte in Abhängigkeit von der „Anzahl der Hubschrauber im Intensivtransport, die an anderen Standorten im Intensivtransport betrieben werden“ vorgesehen.

Bevorzugt werden also Bieter, die auftragsbezogene Hubschrauber selbst betreiben und über den ausschreibungsgegenständlichen Standort hinaus eine möglichst große Gesamtflotte unterhalten.

Der Antragsteller wendet sich gegen die vorbezeichneten Kriterien für die Punktevergabe mit dem Argument der unzulässigen Vermischung von Eignungs- und Zuschlagskriterien. Den außergerichtlich erhobenen Rügen wurde durch den Antragsgegner nicht abgeholfen.

Der Antragsteller hat einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer des Landes M-V gestellt. Der Antragsgegner sollte verpflichtet werden, Bieter, welche Hubschrauber von Unterauftragnehmern nutzen, nicht gegenüber Bieter mit eigenen Hubschraubern zu benachteiligen. Zudem sollte der Auftraggeber verpflichtet werden, Bieter nicht dahingehend zu bevorteilen, an wie vielen anderen Standorten sie weitere Hubschrauber betreiben.

Die Vergabekammer hat den Nachprüfungsantrag zurückgewiesen. In der Wertungsmatrix eine geringere Punktzahl für den Einsatz von Unterauftragnehmern vorzusehen war ebenso möglich, wie für eine möglichst große Anzahl an anderen Standorten vorhandener Hubschrauber eine höhere Punktzahl zu vergeben. Bei Leistungs- und Ausfallsicherheit handelt es sich um anerkannte Zuschlagskriterien, daher liege eine unzulässige Vermischung von Eignungs- und Zuschlagskriterien nicht vor. Zur Abgrenzung zwischen Eignungs- und Zuschlagskrite-

Dezember 2020

rien ist zu ermitteln, ob ein Kriterium automatisch zum Ausschluss führt oder auf der Wertungsebene noch ein Spielraum verbleibt. Zulässig sei auch das Abstellen auf eine Ausführung ohne Subunternehmereinsatz, weil i.S. eines Erstrechtsschlusses zumindest bei sinngemäßer Heranziehung von § 47 Abs. 5 VgV der Antragsgegner hier sogar das Selbstausführungsgebot ausgebracht haben könnte.

Gegen diese Entscheidung der Vergabekammer legt der Antragsteller Beschwerde ein.

### Beschluss:

Mit Erfolg! Zumindest das Kriterium der Gesamtflottenstärke hält einer Nachprüfung nicht stand. Es steht nicht mit dem Konzessionsgegenstand in Verbindung. Dass eine möglichst große Flottenstärke ohne Weiteres eine bessere Bewertung nach sich zieht, lässt konkrete und objektiv nachvollziehbare Verbindungen der am verfahrensgegenständlichen Standort zu erbringenden Leistungen hinsichtlich der Qualität in puncto Ausfallsicherheit nicht erkennen.

Die Abgrenzung von Eignungs- und Zuschlagskriterien richtet sich nach einhelliger Auffassung der vergaberechtlichen Rechtsprechung nach dem jeweiligen Schwerpunkt. Entscheidend ist also, ob Kriterien schwerpunktmäßig, d.h. im Wesentlichen, mit der Beurteilung von Leistungsfähigkeit und fachlicher Eignung der Bieter für die Ausführung eines bestimmten Auftrags oder mit der Wirtschaftlichkeitsermittlung zusammenhängen. Die Eignungsprüfung dient der Ermittlung derjenigen Bieter, die generell für die Erbringung der konkret nachgefragten Leistung (Fachkunde und Leistungsfähigkeit) in Betracht kommen. Unzureichend qualifizierte Bieter sind auszuschließen. Die Ermittlung qualitativer Unterschiede zwischen Bewerbern erfolgt im Rahmen der Eignungsprüfung nicht. Die Wirtschaftlichkeitsprüfung bezieht sich nicht auf die Bieter, sondern auf deren Angebote. Maßstäbe, die nur ausdrücken, wie sich die Eignung eines Bieters auf dessen Leistungsfähigkeit auswirkt, sind nicht Zuschlags-, sondern Eignungskriterien. Wenn sich diese Maßstäbe überwiegend auf ein Mehr oder Weniger an persönlicher Eignung des Bieters auf dessen Leistungen beziehen, sind diese unzulässig. Es ist nach herkömmlichem Verständnis mit den Wertungsvorschriften nicht zu vereinbaren, bei der Entscheidung über den Zuschlag unterschiedliche Eignungsgrade zu berücksichtigen.

### Praxistipp:

Bei der Festlegung von Eignungskriterien ist zu beachten, dass es sich um Mindestanforderungen handelt. Das Angebot eines Bieters, der die Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist auszuschließen. Den geeigneteren Bieter gibt es somit nicht. Als Zuschlagskriterien sind nur Qualitätsmerkmale auszuwählen, welche Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit eines Angebots haben. Zuschlagskriterien lassen sich auch als „Mehrwert je Leistungseinheit“ definieren.

[OLG Rostock Vergabesenat, Beschluss vom 12.08.2020, Az.: 17 Verg 2/20](#)

### Ihr Ansprechpartner:

Lars Wiedemann, [wiedemann@abst-mv.de](mailto:wiedemann@abst-mv.de), Tel. 0385/617 381-17

### **Voraussetzungen des großen Schadensersatzanspruchs**

Mit den Voraussetzungen des großen Schadensersatzanspruches hat sich der BGH erneut befasst.

### Sachverhalt:

(Urteil des VII. Zivilsenats vom 3.7.2020 - VII ZR 144/19 –). Es ging im vorgelegten Fall um eine Ausschreibung zum Straßenbau. Nach Versendung der Informationsschreiben nach § 134 GWB, nach denen der Kläger den Zuschlag erhalten sollte, wurde das Verfahren von der Vergabestelle aufgehoben und mit Änderungen an der Leistungsbeschreibung letztlich in einem Folgeverfahren an einen anderen Bieter vergeben. Zum Schadensersatzanspruch des ursprünglichen Bestbieters auf das positive Interesse äußert sich der BGH wie folgt:

Dezember 2020

### Beschluss:

„... Ein auf das positive Interesse gerichteter Schadensersatzanspruch des Bieters setzt (auch bei Fehlen eines Aufhebungsgrunds im Sinne von §17 Abs.1VOB/A) voraus, dass ihm bei ordnungsgemäßigem Verlauf des Vergabeverfahrens der Zuschlag hätte erteilt werden müssen und der ausgeschriebene oder ein diesem wirtschaftlich gleichzusetzender Auftrag an einen Dritten vergeben worden ist (...). Für die Beurteilung dieser Frage ist eine wirtschaftliche Betrachtungsweise geboten, wonach die ausgeschriebenen und die tatsächlich in Auftrag gegebenen Leistungen zu vergleichen sind (...). Bestehen zu dem erteilten Auftrag erhebliche Unterschiede, kommt grundsätzlich ein Schadensersatzanspruch auf Erstattung des entgangenen Gewinns nicht Betracht, weil der ausgeschriebene Auftrag nicht zur Ausführung gelangt ist (...). Etwas Anderes gilt nur, wenn der übergangene Bieter auf Besonderheiten verweisen kann, die den Auftraggeber hätten veranlassen müssen, ihm den geänderten Auftrag zu erteilen (...). Hat die spätere Vergabe bei der gebotenen wirtschaftlichen Betrachtung dagegen den gleichen Auftrag zum Gegenstand, muss der später erteilte Zuschlag im Hinblick auf die Ersatzpflicht des Ausschreibenden einem Zuschlag auf die erste Ausschreibung gleichgesetzt werden.“...

### Praxistipp:

Das Urteil bestätigt die bisherige Rechtsprechung des BGH zum großen Schadensersatzanspruch. Dieser wird regelmäßig von unterlegenen Bietern angestrebt, da er den entgangenen Gewinn umfasst. Das negative Interesse (= kleiner Schadensersatzanspruch) ersetzt hingegen lediglich die getätigten Aufwendungen. Die Anforderungen an das Vorliegen eines großen Schadensersatzanspruches bleiben hoch:

Auch wenn ein Aufhebungsgrund (im vorgelegten Fall nach §17 Abs. 1 VOB/A) nicht vorliegt, müssen kumulativ zwei Voraussetzungen gegeben sein:

- Bei ordnungsgemäßigem Verlauf des Vergabeverfahrens hätte dem unterlegenen Bieter der Zuschlag erteilt werden müssen und
- der ausgeschriebene oder ein diesem wirtschaftlich gleichzusetzender Auftrag muss an einen Dritten vergeben worden sein.

Wann ein wirtschaftlich dem Ursprungsauftrag gleichzusetzender Auftrag vorliegt, ist eine Frage des Einzelfalls. Wesentliche Änderungen des Auftragsgegenstandes im Nachfolgeverfahren können aus Sicht einer Vergabestelle einen großen Schadensersatzanspruch verhindern.

### Ihr Ansprechpartner:

Thorsten Golm, [thorsten.golm@abst-brandenburg.de](mailto:thorsten.golm@abst-brandenburg.de), Tel.: 030/37 44 607 - 11

Die hier zitierten Entscheidungen finden Sie in der Regel über <https://dejure.org/>. Sollte eine Entscheidung hierüber nicht auffindbar sein, hilft Ihnen Ihre zuständige Auftragsberatungsstelle gerne weiter.



## **International**

---

### **Aus der EU**

#### **Bericht über die Umsetzung von Handelsabkommen mit Informationen zur Vergabe öffentlicher Aufträge**

Die Kommission hat dem Europäischen Parlament einen Bericht über die Umsetzung von EU-Handelsabkommen im Zeitraum 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 vorgelegt, der einen Überblick über den aktuellen Stand von 36 wichtigen Handelsabkommen der EU mit 65 Handelspartnern gibt. Diese Abkommen decken 91 % des EU-Handels mit Präferenzhandelspartnern und 30,4 % des gesamten Außenhandels der EU ab. Der Bericht enthält erstmalig einen gesonderten Abschnitt über Dienstleistungen und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Durchschnittlich 10-25 % des BIP entfallen danach auf öffentliche Aufträge. Die Ausgaben für öffentliche Aufträge machen 13,7 % des BIP der EU aus und belaufen sich auf etwa 2015,3 Mrd. EUR, ohne öffentliche Versorgungsanlagen und Aufträge im Verteidigungsbereich.

Auftragsberatungsstellen in Deutschland – Unser Service ist Ihr Gewinn!



Dezember 2020

Der Bericht stellt den Ansatz der EU-Handelsabkommen mit den Kapiteln über die Vergabe öffentlicher Aufträge dar, die den Unternehmen aus der EU Zugang zu öffentlichen Aufträgen gewähren. Marktzugang oder Anwendungsbereich der Abkommen definiert den Umfang der Öffnung des Markts für öffentliche Aufträge eines Landes für Bieter, Waren und Dienstleistungen aus der EU. Die Bedingungen des Marktzugangs selbst sind in den anwendbaren Vorschriften festgelegt, um die Transparenz, Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung der Verfahren sicherzustellen und um eine wirksame Prüfung im Fall von Beschwerden zu ermöglichen. Hierzu führt der Bericht konkrete Beispiele (Südkorea, Japan, CETA) an. Auch die Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der EU-Handelsabkommen eingesetzten Ausschüsse sowie im Zuge spezieller Dialoge wird unter Anführung konkreter Beispiele (Kolumbien, Peru, Ukraine) beschrieben.

Der Bericht verweist auf die erheblichen Anstrengungen der Kommission, durch die Einrichtung zentraler elektronischer Plattformen für Ausschreibungsverfahren die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken (beispielsweise Kanada). Zur Verbesserung der Kommunikation über die Vergabe öffentlicher Aufträge in EU-Handelsabkommen hat die Kommission 2019 ein neues Handbuch zum öffentlichen Beschaffungswesen in Kanada veröffentlicht. Gemeinsam mit dem EU-Japan-Zentrum für industrielle Zusammenarbeit wurde ein WPA-Helpdesk eingerichtet, um KMU in der EU bei der Suche nach Informationen zu unterstützen und anzuleiten. Angeboten werden Webinare und Orientierungshilfen für öffentliche Auftraggeber bei der Behandlung von Angeboten aus Drittstaaten, die auf der Erfüllung der von der EU in den verschiedenen Handelsabkommen eingegangenen Verpflichtungen beruhen. Vorgestellt wird auch die neue Datenbank „International Public Procurement Initiative (IPPI)“, die weltweit umfassendste Datenbank mit detaillierten Daten zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Hindernisse für das internationale Beschaffungswesen, die Informationen über knapp 40 Mio. öffentliche Aufträge enthält. Den Bericht der Kommission finden Sie [hier](#).

### **Beitritt des Vereinigten Königreichs zum WTO-Abkommen**

Das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement – GPA) der Welthandelsorganisation (WTO) ist ein internationales Abkommen, das den Zugang zu öffentlichen Aufträgen regelt. Es dient der Gewährleistung fairer und transparenter Vergabeverfahren und enthält bilateral ausgehandelte Verpflichtungen der einzelnen Vertragsstaaten im Hinblick auf den Zugang zu ihren öffentlichen Beschaffungsmärkten (sogenannte Coverage). Das Abkommen ist nicht für alle WTO-Mitgliedstaaten verbindlich, sondern nur für die Staaten, die es ratifiziert haben. Zu den Vertragsstaaten gehört auch die EU. Das Vereinigte Königreich (VK) fällt auch nach seinem Austritt aus der EU weiterhin unter das GPA. Nach dem Ende der Übergangsphase zum 31.12.2020 endet diese Wirkung. Das VK wird dem GPA dann eigenständig beitreten. [Informationsseite der britischen Regierung betreffend öffentliche Beschaffungen \(auf Englisch\)](#).

Quelle: GTAI

### **Webinar „Aktuelle Entwicklungen/Neuerungen beim Handbuch für Vergabeverfahren/PRAG in der EU-Außenwirtschaftsförderung 2020“**

Am 26.11.2020 findet in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr ein kostenloses, englischsprachiges Webinar zum Thema: „Aktuelle Entwicklungen/Neuerungen des Handbuchs für Vergabeverfahren (PRAG) in der EU-Außenwirtschaftsförderung 2020“ statt.

Das Webinar ist Bestandteil der Sektorseminarreihe zu EU-Drittstaatenprogrammen. Interessenten können sich bis zum 25.11.2020, 17. 00 Uhr unter <http://www.sectorseminars.eu/registration.php> registrieren und vorab Fragen zum Thema stellen. Organisatoren sind die Außenwirtschaftsförderorganisationen der EU-Mitgliedstaaten (für Deutschland GTAI und DIHK) sowie die Ständigen Vertretungen. Das vorläufige Programm finden Sie [hier](#).

### **Ihr Ansprechpartner:**

Steffen Müller, [muellers@abz-bayern.de](mailto:muellers@abz-bayern.de), Tel.: 089/51163172

Dezember 2020



## Aus den Bundesländern

---

### **Schleswig-Holstein: Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs in Kraft getreten**

In Schleswig-Holstein ist das „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs“ vom 19.10.2020 verkündet worden.

<https://www.schleswig-hol->

[stein.de/DE/Landesregierung/IV/Service/GVOB/GVOB/2020/gvobl\\_18\\_2020.pdf;jsessionid=3D11754E84505CB8E7CD4BE41B326A41.delivery2-master?\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Service/GVOB/GVOB/2020/gvobl_18_2020.pdf;jsessionid=3D11754E84505CB8E7CD4BE41B326A41.delivery2-master?_blob=publicationFile&v=2)

Es ist am 30.10.2020 in Kraft getreten. Damit ist das sogenannte „Korruptionsregister“ in Schleswig-Holstein“ gegenstandslos. Ein gesondertes Korruptionsregister in Schleswig-Holstein wird entbehrlich, da das Register des Bundes (Wettbewerbsregistergesetz vom 18.07.2017) im Wesentlichen inhaltlich dem Schleswig-Holsteinischen Gesetz entspricht. Das Bundesregister soll zeitnah technisch gestartet werden.

Ihre Ansprechpartnerin: Sabine Tauber, [tauber@abst-sh.de](mailto:tauber@abst-sh.de), Tel. 0431/9865-144

### **Bayern: Sozial und umweltgerecht hergestellte Kleidung im bayerischen Beschaffungswesen**

Mit Schreiben vom 09.11.2020 hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie auf einen Beschluss des Bayerischen Landtags (Drucksache 18/10505) vom 13.10.2020 hingewiesen, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, im Rahmen der Beschaffung durch den Freistaat Bayern und durch Unternehmen, auf die der Freistaat maßgeblichen Einfluss hat, darauf zu achten, dass, soweit möglich und mit den EU-Vergabevorschriften vereinbar, nur Textilien eingekauft oder gemietet werden, die ein Siegel für nachhaltige Textilien aufweisen, und die Ressorts um dessen Umsetzung ersucht.

Das Schreiben weist auf die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung bei Nutzung und Berücksichtigung nachhaltiger Produkte und den im Vergaberecht bestehenden Grundsatz der Nachhaltigkeit hin und gibt Hinweise zur Umsetzung des Beschlusses. Angesprochen werden hierbei die Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen (öAUmWR), mit der Möglichkeit, in der Leistungsbeschreibung Aspekte des Umweltschutzes vorzusehen und die Bekanntmachung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sowie der Einsatz von Gütezeichen zum Nachweis für die Einhaltung von Nachhaltigkeitsaspekten. Die im Textilbereich bestehenden Siegel werden genannt und zum Auffinden geeigneter Gütezeichen, Formulierungshilfen für Ausschreibungen und Anbieter zertifizierter Produkte auf die Internetseite Kompass Nachhaltigkeit verwiesen.

### **Ihr Ansprechpartner:**

Steffen Müller, [muellers@abz-bayern.de](mailto:muellers@abz-bayern.de), Tel.: 089/51163172



Dezember 2020



## Veranstaltungen

---

### **02. und 08. Dezember 2020: Online-Seminar Vergaberecht für Einsteiger: Anfängerkurs für Auftraggeber und Bieter ohne Vorkenntnisse**

Das Seminar richtet sich an diejenigen, die bislang noch keine Erfahrung im Vergaberecht gesammelt haben und die Struktur und Grundsätze des Vergaberechts kennenlernen und begreifen wollen. Das Beschaffungswesen ist ein Milliardenmarkt, über dessen strenge Vergaberegeln ein akquirierendes Unternehmen Kenntnisse besitzen muss, wenn es erfolgreich Aufträge erlangen will. Für den öffentlichen Auftraggeber entscheidet ein rechtskonformer Verfahrensablauf darüber, ob Bauleistungen, der Kauf von Gütern oder die Inanspruchnahme einer Dienstleistung wirtschaftlich beschafft werden und zeitnah zur Verfügung stehen.

Das Seminar vermittelt die wichtigsten Regelungen für alle Beteiligten im Vergabeverfahren. Sie erhalten praktische Hinweise, wie Sie als Auftraggeber ein Vergabeverfahren fehlerfrei vorbereiten und durchführen. Als Unternehmen oder Büro erfahren Sie, was als Bewerber oder Bieter bei einer öffentlichen Auftragsvergabe zu beachten ist. Es geht darum, Kardinalfehler zu erkennen, die die Auftragsvergabe verzögern oder einen Bieter vom Wettbewerb ausschließen könnte und dies auf beiden Seiten des Verfahrens zu vermeiden. Anhand aktueller und praxisnaher Beispiele aus der Rechtsprechung werden die vergaberechtlichen Grundlagen anschaulich erläutert. Das Seminar lässt den Teilnehmern viel Raum für Ihre Fragen und einen gemeinsamen Dialog.

Erörtert werden wichtige Regelungen, die bei großen Auftragswerten nach EU-Vergaberecht sowie bei kleineren Auftragswerten nach nationalem bzw. hessischem Vergaberecht einzuhalten sind. Dabei werden Unterschiede bei den Verfahrensvorschriften hervorgehoben, die sich bei der Vergabe von Bauleistungen, Liefer- und Dienstleistungen ergeben. Für Zuwendungsnehmer wird auch auf Unterschiede zwischen dem Hessischen Vergaberecht und der Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO) eingegangen.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> können Sie sich direkt online anmelden.

### **Die Seminare finden online statt!**

<b>Termine:</b>	02. Dezember 2020, 9:00 - 14:30 Uhr 09. Dezember 2020, 9:00 - 14:30 Uhr
<b>Referentin:</b>	Syndikusrechtsanwältin Eva Waitzendorfer-Braun, Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.
<b>Teilnahmeentgelt:</b>	175,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

Dezember 2020



## **Impressum**

---

Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Karl-Glässing-Str. 8

65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 974588-0

Fax: 0611 974588-20

E-Mail: [info@absthessen.de](mailto:info@absthessen.de)

Internet: [www.absthessen.de](http://www.absthessen.de)

Inhaltlich verantwortlich gemäß § 6 MDStV

Geschäftsführerin der ABSt Hessen e.V.

Brigitta Trutzel Rechtsanwältin

Aufsichtsgremium

Vorstand der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V. (ABSt Hessen)

**Redaktion:** Andrea Jordan, ABST Brandenburg, Telefon: 030/3744607- 12, E-Mail: [andrea.jordan@abst-brandenburg.de](mailto:andrea.jordan@abst-brandenburg.de)

**unter Mitarbeit der Auftragsberatungsstellen in Deutschland [www.auftragsberatungsstellen.de](http://www.auftragsberatungsstellen.de)**

**Verantwortlich für die Rubrik Recht:**

ABSt Brandenburg und Auftragsberatungsstelle Hessen e. V.